

Geräte- und Maschinenbestand veränderte sich nur noch wenig

Ein besonderes Augenmerk gilt bei der jährlichen Totalerhebung der Entwicklung des Bestandes an wichtigen Baugeräten und -maschinen, ist doch die Geräte- und Maschinenausstattung neben der Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte von ausschlaggebender Bedeutung für die Beurteilung der Kapazität des Bauhauptgewerbes. Der starke konjunkturelle Aufschwung auf dem Baumarkt in den vergangenen Jahren verlangte von der Bauwirtschaft eine laufende Vergrößerung ihrer Kapazität. Auf Grund der Mangellage auf dem Arbeitsmarkt und der ständig steigenden Lohn- und Gehaltskosten erfolgte dies vor allem durch vermehrten Kapitaleinsatz, der hauptsächlich in Maschinen, Geräten und Fahrzeugen bestand.

Nachdem sich der Geräte- und Maschinenbestand im baden-württembergischen Bauhauptgewerbe bis zum Jahre 1965 außerordentlich stark erhöht hatte, zeigte sich von dieser Zeit an ein Nachlassen der Investitionsbereitschaft bei den Bau-firmen. Die sich zwischen der Nachfrage nach Bauleistungen und den vorhandenen Baukapazitäten öffnende Schere führte dazu, daß die Bauunternehmen ihre Investitionsausgaben von 1965 an kürzten. Schon bei der Totalerhebung im Juni 1966

blieben daher die Zuwachsraten bei den meisten Geräte- und Maschinenarten unter denen des Vorjahres. Diese Entwicklung setzte sich bis ins 1. Halbjahr 1967 verstärkt fort. Darüber hinaus ließen viele Bau-firmen alte Baugeräte und -maschinen, die bisher neben den neuangeschafften weiter benutzt worden waren, verschrotten. Nach den Ergebnissen der Bautotalerhebung im Juni 1967 war daher nur noch bei wenigen Geräten und Maschinen eine Zunahme des Bestandes gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Bei den meisten Geräten und Maschinen blieb der Bestand konstant oder er nahm sogar ab. Dabei handelte es sich vor allem um solche, die im Hoch-, Tief- und Ingenieurbau eingesetzt wurden. Bemerkenswert erhöht hat sich eigentlich nur der Bestand an Maschinen und Geräten, die im Straßenbau Verwendung finden. Genannt seien hier Betonstraßenfertiger, Schwarzdeckenfertiger und Straßenwalzen. Die neuen Auftragsvergaben der öffentlichen Hand zur Ankurbelung der Konjunktur dürften sich hier evtl. schon ausgewirkt haben.

In welchem Ausmaß das baden-württembergische Bauhauptgewerbe heute mechanisiert ist und sich die Zahl der Geräte und Maschinen gegenüber 1966 entwickelt hat, ist aus der vorstehenden Tabelle ersichtlich. Dipl.-Volkswirt Eugen Wetzlar

Die Investitionen im Bauhauptgewerbe im Jahre 1966

Auf der Grundlage des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. 7. 1957 in der Fassung vom 24. 4. 1963 (BGBl. I, Seite 202) wurden im Rahmen eines umfassenden Zensus zum ersten Mal im Jahre 1962 Angaben über die Investitionen im Bauhauptgewerbe erhoben. In Ausführung der Verordnung über die Durchführung einer Statistik über die Investitionen im Bauhauptgewerbe und im Produzierenden Handwerk vom 11. 5. 1965 (Bundesanzeiger Nr. 90 vom 14. 5. 1965) wurde im Anschluß daran eine laufende jährliche Erhebung über die Investitionen im Bauhauptgewerbe eingerichtet, für die nunmehr auch die Ergebnisse des Jahres 1966 vorliegen¹. Diese laufende Erhebung, die der Beobachtung der Entwicklung dienen soll, erstreckt sich auf Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

¹ Vergleiche dazu den Beitrag „Investitionen im Bauhauptgewerbe im Jahr 1965“ in Statistische Monatshefte Baden-Württemberg Heft 7/1967, Seite 196 f.

Tabelle 1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz und Investitionen im Bauhauptgewerbe 1962, 1964 bis 1966 (Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Gewerbebezüge	Unternehmen			Investitionen insgesamt		
	Anzahl	Beschäftigte (JD)	Umsatz	Mill. DM	je Beschäftigten	auf 1000 DM Umsatz
	Anzahl	Mill. DM	Mill. DM	DM		
Bauhauptgewerbe insgesamt						
1962	2 222	160 577	3 912,5	360,0	2 242	92
1964	2 153	175 118	5 188,6	432,9	2 472	83
1965	2 200	180 507	5 533,5	430,7	2 386	78
1966	2 232	174 207	5 727,9	308,3	1 770	54
darunter						
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau (kombinierte Betriebe)	589	87 008	2 913,9	152,8	1 756	52
Hoch- und Ingenieurbau	970	44 340	1 265,5	72,2	1 629	57
Tief- und Ingenieurtiefbau	131	7 752	249,9	14,9	1 929	60
Straßenbau	197	18 237	730,9	48,4	2 656	66
Dämmung und Abdichtung (Isolierbau)	42	6 030	231,6	7,0	1 167	30
Stukkateur-, Gips- und Verputzgewerbe	206	6 665	164,5	5,5	818	33
Zimmerei und Ingenieurbau	52	2 347	91,5	4,3	1 817	47
Dachdeckerei	31	1 038	49,7	1,2	1 124	23

Die Ergebnisse der Erhebung lassen erkennen, daß die 1965 bereits sichtbare Zurückhaltung gegenüber Investitionen sich sehr verstärkt hat. Von den vorhandenen 2332 Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten wurden im Jahre 1966 im ganzen 308,3 Mill. DM für Grundstücke, Maschinen, Werkzeuge und Geschäftsausstattungen investiert, das sind 112,3 Mill. DM oder 28,4% weniger als im Vorjahr. Der Betrag wurde hauptsächlich zur Anschaffung von Geräten, Maschinen, Werkzeugen und Baustellenausstattungen verwendet. Im Jahr 1966 entfielen darauf rund 247,1 Mill. DM, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 29,3% entspricht. Die übrigen 61,2 Mill. DM wurden in unbebauten und bebauten Grundstücken investiert, das sind 11% weniger als 1965. Der Rückgang der Investitionen ist in erster Linie auf die stark verringerte Nachfrage nach Bauleistungen zurückzuführen.

Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit lag auch 1966 eindeutig bei den kombinierten Unternehmen des Hoch-, Tief- und Ingenieurbaus. Rund die Hälfte aller Bruttozugänge an Sachanlagen entfiel auf diesen Gewerbebezug. Die zahlenmäßig weit stärker vertretenen Unternehmen des Hoch- und Ingenieurbaus hatten demgegenüber nur einen Anteil von 23,4% zu verzeichnen. Auf den Straßenbau sowie auf den Tief- und Ingenieurtiefbau entfielen noch 15,7% bzw. 4,8% der Gesamtinvestitionen des Bauhauptgewerbes. Erst mit großem Abstand folgen die übrigen Gewerbebezüge, wie Dämmung und Abdichtung, Gips- und Zimmerei und andere mehr, die jedoch zusammen nur 6,5% der Gesamtinvestitionen tätigten.

Berechnet man Investitionsquoten, zum Beispiel Investitionen je Beschäftigten oder je 1000 DM Umsatz, so zeigen sich recht deutliche Unterschiede hinsichtlich des Ausmaßes der Investitionstätigkeit bei den einzelnen Gewerbebezügen. Wie aus nebenstehender Tabelle ersichtlich ist, liegen hier der Straßenbau und der Tief- und Ingenieurtiefbau beachtlich über dem Durchschnitt. Auch die kombinierten Unternehmen des Hoch-, Tief- und Ingenieurbaus haben relativ hohe Investitionsquoten zu verzeichnen. Es sind also vor allem solche Gewerbebezüge, bei welchen zum Teil ausgesprochen große und teure Maschinen und Geräte zum Einsatz kommen. Weniger kapitalintensiv arbeiten dagegen das Gips- und Zimmerei, die Dachdeckerei und der Gewerbebezug Dämmung und Abdichtung.

Tabelle 2

Investitionen von Sachanlagen bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes 1964 bis 1966
(Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Gewerbebezüge	Bruttozugänge an Sachanlagen insgesamt				Darunter Maschinen und maschinelle Anlagen, Werkzeuge und Baugeräte			
	1964	1965	1966	1966 gegen 1965	1964	1965	1966	1966 gegen 1965
	1000 DM			%	1000 DM			%
Bauhauptgewerbe insgesamt	432 876	430 679	308 341	- 28,4	362 057	352 327	247 093	- 29,9
darunter								
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau (kombinierte Betriebe)	221 979	222 098	152 808	- 31,2	185 808	184 738	126 031	- 31,8
Hoch- und Ingenieurbau	89 412	93 007	72 235	- 22,3	75 010	73 662	54 229	- 26,4
Tief- und Ingenieurtiefbau	28 207	26 062	14 935	- 42,7	24 422	20 508	12 944	- 36,9
Straßenbau	76 942	69 424	48 429	- 30,2	66 029	60 206	41 747	- 30,7
Dämmung und Abdichtung (Isolierbau)	2 868	6 150	7 038	+ 14,4	1 719	4 013	4 331	+ 7,9
Stukkateur-, Gips- und Verputzergewerbe ..	6 520	6 233	5 452	- 12,5	4 246	4 769	3 723	- 21,9
Zimmerei und Ingenieurholzbau	3 072	4 368	4 265	- 2,4	2 106	1 900	1 982	+ 4,3
Dachdeckerei	1 723	1 208	1 167	- 3,4	889	897	905	+ 0,9

Gegenüber 1965 war der Rückgang der Investitionstätigkeit besonders stark beim Tief- und Ingenieurtiefbau mit 42,7 %. Aber auch bei den kombinierten Unternehmen des Hoch-, Tief- und Ingenieurbaus sowie im Straßenbau nahmen die Investitionen um beinahe ein Drittel beachtlich ab. In engeren

Grenzen hielten sich dagegen die Rückgänge bei den übrigen Gewerbebezügen; so betrugen sie im Gipsergewerbe nur 12,5 % und im Zimmereigewerbe sogar nur 2,4 %. Höhere Investitionswerte als im Jahr 1965 waren ausschließlich im Gewerbebezug Dämmung und Abdichtung zu verzeichnen.

Dipl.-Volkswirt Eugen Wetzl

Der baden-württembergische Obstbau im letzten Jahr des Generalobstbauplanes

Im vergangenen Jahrzehnt stand das Geschehen auf unseren heimischen Obstmärkten wiederholt im Brennpunkt heftiger agrar- und marktpolitischer Auseinandersetzungen, vor allem dann, wenn infolge unerwartet hoher Ernten die Erzeugerpreise unter das von den Produzenten als ausreichend angesehene Niveau absanken. So entzündete sich unter anderem die Diskussion im Jahr 1964 an den außergewöhnlich niedrigen Preisen für Schwarze Johannisbeeren, im Jahr 1966 an den unbefriedigenden Frühzwetschenpreisen, im Jahr 1967 an den geringen Apfelpreisen. Dabei war jeweils eine ungewöhnlich große Inlandsernte die Hauptursache für die unerfreuliche Preisentwicklung. Da die Preisbildung beim Obst uneingeschränkt dem Kräftespiel von Angebot und Nachfrage überlassen bleibt, die Preiselastizität der mengenmäßigen Nachfrage nach der meist leicht verderblichen Ware auf dem erreichten hohen Verbrauchsniveau aber vergleichsweise gering geworden ist, kann es bei einem stoßweisen Überangebot sehr schnell zu einem Preissturz kommen, der auf der Ebene der Erzeugerpreise unter Umständen sehr lange nachwirkt, ohne auf die Verbraucherpreise voll durchzuschlagen. Selbst vergleichsweise geringe Importmengen verschärfen in solcher Situation die Marktlage empfindlich. Seit der Verwirklichung des Gemeinsamen Europäischen Marktes für Obst und Gemüse sind aber die handelspolitischen Möglichkeiten der Bundesregierung zur Begrenzung der Einfuhr nur noch sehr gering. Auch das von den EWG-Behörden mit der Verordnung Nr. 23 (1962) und der ergänzenden Verordnung vom 24. 7. 1966 geschaffene Instrumentarium zur Beseitigung zeitlicher oder regionaler Überangebote hat sich bis jetzt kaum bewährt. Die Maßnahmen zur Preisstabilisierung beschränken sich demgemäß auf die Förderung des Exports und der Vorratshaltung sowie auf die Steuerung der Produktion mit dem Ziel, ein möglichst gleichbleibendes, der Nachfrage angepaßtes Angebot zu erreichen. Diesem Ziel, der Stabilisierung des Angebots durch u. a. eine entsprechende Neuordnung unseres Obstbaues, dient der seit 1957 laufende Generalobstbauplan. An der Schwelle zum letzten Jahr dieses Generalobstbauplanes, der 1968 ausläuft, aber in der Zielsetzung wohl auch für die Zukunft Gültigkeit haben dürfte, verdient ein Überblick über die Entwicklung und Zusammensetzung der heimischen Obstproduktion besonderes Interesse.

Steigende Gesamtproduktion

Im Mittel der Jahre 1962/67 bezifferte sich die gesamte Obsterzeugung des Landes Baden-Württemberg nach dem Ergebnis der Berichterstatterschätzungen auf rund 8,9 Mill. dz gegenüber 7,9 Mill. dz im Durchschnitt von 1957/62. Die durchschnittliche Gesamtproduktion ist somit um 12,5 % gestiegen. Damit konnte Baden-Württemberg seine Stellung unter den deutschen Bundesländern behaupten: mit ungefähr 30 % liefert es den größten Beitrag zur Obsternte der Bundesrepublik Deutschland. Je Kopf der Bevölkerung bemißt sich die Obsterzeugung hier auf beinahe 100 kg; sie ist damit mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt des Bundesgebiets. Baden-Württemberg gilt nach wie vor zu Recht als Obstgarten Deutschlands. Bei einem pro-Kopf-Verbrauch von durchschnittlich 65 bis 70 kg Frischobst pro Jahr (ohne Südfrüchte) sind unsere Obstbauern allerdings auf den übergebiethlichen Absatz bzw. die Verwertung ihrer Erzeugnisse angewiesen, zumal das Obst in mindestens jedem sechsten Betrieb einen wichtigen Beitrag zum Betriebseinkommen liefert. Aus dem Verkauf von Obst erzielte die baden-württembergische Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1966/67 rund 332 Mill. DM, das sind 8 % der gesamten Verkaufserlöse und mehr als die gesamten Einnahmen aus dem Getreide- und Zuckerrübenbau zusammen. Der Obstbau stellt somit die bedeutendste Erzeugungsrichtung in der pflanzlichen Produktion des Landes dar.

Die Produktionszunahme im letzten Jahrzehnt erstreckt sich im einzelnen auf sämtliche Obstsorten außer Birnen. Insbesondere treten aber Sauerkirschen, Süßkirschen, Aprikosen und Walnüsse sowie Schwarze Johannisbeeren durch besonders starke Zunahmen hervor. Die Mehrproduktion bei Sauerkirschen und Pfirsichen ist allerdings zum großen Teil auf eine Erweiterung der Baumbestände zurückzuführen, die nach dem Ergebnis der Obstbaumzählung 1965 gegenüber 1958 um 59 % bzw. 19 % zunahm. Bei Äpfeln und Süßkirschen, die eine größere Produktionszunahme aufweisen als der Aufstockung der Bestände entspricht, handelt es sich indessen auch um einen echten Leistungszuwachs bei den Baumerträgen als Folge der Umstellung auf moderne Erzeugungsmethoden. Das gilt wohl auch für Mirabellen, Pflaumen und Zwetschen, deren